



NEWSLETTER



AUSGABE 22
August 2007

KAS AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
NEWSLETTER AUS SKOPJE

Mazedonien im Juli 2007

TOPTHEMA: SOMMERTHEATER STATT SOMMERLOCH

Inhalt

- Seite 1
Sommertheater statt Sommerloch
- Seite 2
Ehemaliger Premier Bučkovski unter Verdacht
- Seite 3
„Terroranschlag“ auf das Regierungsgebäude
- Seite 4
Kurznachrichten

Während in anderen Ländern die Saure-Gurkenzeit beginnt, läuft in Mazedonien ein Sommertheater mit Auftritt aller vorhandenen Akteure. Ein Jahr nach den Parlamentswahlen im Juli 2006 kritisierte die Oppositionspartei SDSM die Regierung heftig. Die extreme Hitzewelle in Mazedonien mit Spitzenwerten von bis zu 47°C ließ erhitzte auch die Gemüter. Schnellschüsse im übertragenen und im wahrsten Sinne des Wortes heizten das politische Klima noch zusätzlich an.

Noch nie war die SDSM so schwach und noch nie hatte die Regierungspartei VMRO-DPMNE so hohes Ansehen in der Bevölkerung. Die SDSM kritisierte die Regierung vergeblich, dass sie im ersten Jahr nach den Wahlen nichts erreicht hätte. Der Abgeordnete Jani Makraduli (SDSM) zweifelte sogar die hohen Umfragewerte, ermittelt von UNDP und IRI, an. Einziger wunder Punkt für die Regierung zu dem Zeitpunkt war die nicht enden wollende Auseinandersetzung mit der albanischen Oppositionspartei DUI über das „Mai-Abkommen“. Gab es dieses Abkommen nun wirklich, auch wenn es nicht schriftlich war/ist? Diese Frage beschäftigte das politische Skopje. EU Erweiterungskommissar Olli Rehn sagte wieder einmal mahnend, dass der weitere Integrationsprozess Mazedoniens in den Händen der Politiker liegt.

Kurz darauf wurde eine Sondersitzung im Parlament einberufen, um über das „Mai-Abkommen“ zu diskutieren. Premier Gruevski erklärte: „Es wurde kein geheimes

Abkommen unterzeichnet oder ein Zusatz zum Ochrid Abkommen. Es gibt kein Abkommen, mit dem die DUI die Annahme eines Sprachengesetzes, den Status der so genannten NLA-Kämpfer und ein Gesetz über die Bildung der Regierung nach den Badinter Regeln fordern könnte. Die DUI sagte, dass die Erfüllung dieser Forderungen durch die vorherige Regierung versprochen wurde.“. Der letzte Satz schlug ein wie eine Bombe. Die SDSM und allen voran Ex-Premier Bučkovski geriet in Erklärungsnot. Er bestritt ein solches Versprechen, räumte aber ein mit der DUI über „bestimmte“ Gesetze gesprochen zu haben.

Gab es ein Versprechen?

Während in weiten Teilen Waldbrände wüteten, nahmen die Debatten an Hitzigkeit zu. „Was haben DUI Chef Ahmeti und SDSM Parteispitze Crvenkovski, Bučkovski und Šekerinska vor den Wahlen letztes Jahr vereinbart?... Ist es wahr, dass die SDSM die Zweisprachigkeit und den NLA-Kämpfern eine Status versprochen haben?“ fragte VMRO-DPMNE Abgeordneter Dimovski auf einer Pressekonferenz. SDSM Chefin Šekerinska konterte: „Wenn es ein solches Abkommen gäbe, warum ist es nicht schon längst durch die internationale Gemeinschaft bestätigt worden oder ist in der Öffentlichkeit erschienen? Der Premier will sich nur aus seiner Verantwortung ziehen und zeigt dadurch sein Unvermögen über die Staatsinteressen mit dieser Lüge.“ Am 26. Juli brachte Vizeparteichef Rafiz Haliti von der DUI die SDSM in arge Bedrängnis,

NEWSLETTER**AUSLANDSBÜRO****MAZEDONIEN**

AUSGABE 22 | AUGUST 2007

www.kas.de

da er vor der Presse erklärte: „Ja, mit der SDSM wurde die Annahme eines solchen Gesetzes für die Zeit nach den Wahlen vereinbart. Es gab einen mündlichen Konsens über den Gebrauch des Albanischen als offizielle Sprache im Lande per Gesetz.“ Angeblich, so Haliti, wurde die Gesetzesinitiative auf Wunsch der internationalen Gemeinschaft verschoben. Haliti ließ offen, wer in dem Fall die internationale Gemeinschaft gewesen sein soll. Die Tageszeitung VREME will herausgefunden haben, dass bei einem kürzlich stattgefundenen Spitzentreffen im Hause von EU Delegationschef Fouéré Staatspräsident Crvenkovski von Parteichef Ahmeti an das Versprechen erinnert worden sei. Tags darauf dementierte das Präsidentenbüro entschieden, dass Crvenkovski je ein solches Abkommen arrangiert oder ausgetauscht habe.

Aussage gegen Aussage

Für jede mazedonische Partei käme es einem Staatsverrat gleich, das Albanische als gleichberechtigte zweite Staatssprache anzuerkennen. Zwischen VMRO-DPMNE und ihrem Regierungspartner DPA konnte man Schritte in eine solche Richtung erkennen. Straßenschilder – besonders sichtbar im Stadtzentrum von Skopje – trugen neben den mazedonischen plötzlich auch albanische Beschriftungen. Selbst der Premier eröffnete seine Rede vor der Südosteuropauniversität in Tetovo auf Albanisch. Die ganze Annäherung war allerdings mit der paukenschlagartigen Ankündigung der DUI zunehmend, dass es ein Abkommen mit der VMRO-DPMNE darüber und vier weiterer Punkten gebe. Die VMRO-DPMNE hat schon früh erkannt, dass sie auf Dauer dem Regierungspartner DPA nicht nachgeben kann und die wachsende Zahl der albanischen Bevölkerung als Faktum anerkennen muss. Allerdings konnte und kann man politisch nicht der DUI nachgeben und der Koalitionspartner geht lehr aus. Dass es nun Aussage gegen Aussagen von SDSM und DUI steht, überdeckt nur leicht, dass die VMRO-DPMNE selbst in der Klemme steckt, ein solches Abkommen mit der DUI zu haben. Das

Dilemma der VMRO-DPMNE ist schlicht, dass man schwer den einen verweigern kann, was man mit den anderen wohl vereinbaren wollte. Ablenkung tat daher not. Die Anschuldigungen gegen den Präsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, im Kampf gegen die Waldbrände nicht genügend Soldaten bereit gestellt zu haben, musste etwas daher aufgebauscht an. Die seit der Wahl angeschlagene und in sich gespaltene SDSM vermochte den Anschuldigungen aber auch wenig entgegenzusetzen. In den Augen der Bürger hat die VMRO-DPMNE ein Ansehen wie noch nie, ihr Kampf gegen die Korruption erhält breite Unterstützung.

EHEMALIGER PREMIER BUČKOVSKI UNTER VERDACHT

Am 31.08. wurde der ehemalige Stabschef der Streitkräfte General Stamboliski verhaftet, weil er sich angeblich durch die überteure Beschaffung von Ersatzteilen im Jahre 2001 rund 800.000 Euro aus der Staatskasse genommen habe. Laut Staatsanwaltschaft habe er einen Vertrag unterschrieben, wonach die Teile zum vierfachen Preis gekauft wurden. Das Verteidigungsministerium ließ verlauten, dass ein solcher Vertrag nicht durch die Beschaffungsabteilung allein abgesegnet werden durfte und machte den damaligen Verteidigungsminister und späteren Premier Vlado Bučkovski verantwortlich, der allerdings nicht befragt werden konnte, da er sich im Urlaub in Griechenland befand. Laut Innenministerium basiert die Geschichte auf einer Anzeige des damaligen Innenministers Boškovski aus dem Jahre 2002, der seinen Kollegen Bučkovski der Veruntreuung von 4,28 Millionen Euro bezichtigte. Durch den Regierungswechsel 2002 wurde der Fall jedoch eingestellt.

Da das Parlament über die Aufhebung der Immunität Bučkovski's nicht entscheiden konnte, tagte der Immunitätsausschuss. In einer hitzigen Debatte wurde über die Rechtmäßigkeit des Ausschusses und seiner Befugnisse gestritten. Während die überforderte Ausschussvorsitzende die Abstimmung

NEWSLETTER**AUSLANDSBÜRO****MAZEDONIEN**

AUSGABE 22 | AUGUST 2007

www.kas.de

ansetzte, wollten einige Mitglieder (meist SDSM) noch weiter diskutieren. Mit den Stimmen der Koalitionsmitglieder wurde die Immunität Bučkovski's aufgehoben. Die SDSM fechtet das jedoch an, da es ihrer Meinung nach nicht rechtmäßig zustande kam. Bučkovski selbst, der durch einen Journalisten informiert wurde, stieg sofort ins Auto und fuhr nach Skopje. An der Grenze wurde er jedoch für 15 Minuten festgehalten und protestierte. In Skopje suchte er die Untersuchungsrichterin auf und verließ nach mehreren Stunden das Gericht auf freien Fuß, sein Pass wurde jedoch einbehalten. Die SDSM erwirkte beim Parlamentspräsidenten eine Dringlichkeitssitzung, um die Abläufe im Ausschuss überprüfen zu lassen. Die Sitzung soll am 16. August stattfinden. Derweil laufen die Ermittlungen gegen Bučkovski weiter.

SDSM wieder geeint

Für die Regierung wird die Sache allerdings ein Nachspiel und einen unerwünschten Nebeneffekt haben. Dadurch, dass Bučkovski nicht inhaftiert und die Aufhebung seiner Immunität nicht zweifelsfrei ist, steht er als moralischer Sieger da. Er verließ mit einer Siegerpose das Gerichtsgebäude und kündigte an, sich selbst zu verteidigen. Die Regierungsparteien um die VMRO-DPMNE erreichten damit, dass die SDSM wieder geeint wurde. Selbst abtrünnige Mitglieder suchten wieder Schutz bei der Partei und Parteichefin Šekerinska verteidigte den von ihr selbst geschassten Bučkovski. Auffällig ist, dass sich einige ehemalige Minister aus der SDSM plötzlich nicht nur der Protektion ihrer Partei versichern, sondern auch nachdrücklich die Nähe zu internationalen Institutionen in Mazedonien suchen. Alle Wunden scheinen über Nacht geheilt, die SDSM kennt nur noch geschlossen einen Gegner, die Regierung. Bučkovski kann sich mit derlei Rückhalt lautstark über das 15-minütige Festhalten an der Grenze beschweren und kündigte Strafanzeige gegen das Innenministerium an. Zu den Vorwürfen, Geld veruntreut zu haben, äußert er sich weit weniger.

„TERRORANSCHLAG“ AUF DAS REGIERUNGSGEBÄUDE

In der Nacht zum 6. August sollen zwei Granaten, vom Berg Kale abgefeuert, auf der gegenüberliegenden Straße des Regierungsgebäudes eingeschlagen sein. An der Fassade des japanischen Konsulats waren kleinere Einschlaglöcher erkennbar. Angeblich soll das Regierungsgebäude Ziel des Anschlags gewesen sein. Regierungssprecher Bocevski erklärte der überraschten Öffentlichkeit auch gleich, dass es ein terroristischer Anschlag gewesen sei und man die Angreifer warne sowie diejenigen, die es angeordnet hätten. Dass die Behörden die Tatwaffe bereits nach einigen Stunden benennen konnten, kratzt an der Glaubwürdigkeit. Die SDSM fragte nach, warum denn bei so einem Vorfall der Premier und die Innenministerin ihren Urlaub nicht unterbrechen und nach Mazedonien zurückkehren. Der Sprecher der VMRO-DPMNE, Aleksandar Bicikliski erhob unterdessen schwere Anschuldigungen gegen Radmilla Šekerinska. „*Ist es wahr, dass sie für den Herbst eine Radikalisierung der Zustände in Mazedonien vorbereiten, dass z. B. die hier gesehenen Aktivitäten der SDSM gegen den Staat nur ein Vorgeschnack des Planes an gewaltsaamen Aktionen gegen die legitimen Institutionen des Systems sind?*“. Šekerinska selbst wies die Anschuldigungen zurück und sagte, dass die Regierung selbst nach dem Anschlag von einem Terrorakt sprach, obwohl das Innenministerium dies ausdrücklich verneinte.

Wer steckt dahinter?

Wer hinter dem Anschlag steckt, ist schwer auszumachen. An Fragen kann man auflisten: Warum erfolgte der Anschlag nicht präziser oder wirkungsvoller? Wie konnte der Regierungssprecher ein paar Stunden später von einem Terroranschlag sprechen und die Tatwaffe benennen, obwohl die forensische Untersuchungen noch nicht abgeschlossen waren? Warum wurden keine Verhaftungen vorgenommen, wenn man doch angeblich die Täter und deren Hintermänner kenne?



NEWSLETTER

AUSLANDSBÜRO

MAZEDONIEN

AUSGABE 22 | AUGUST 2007

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Auslandsbüro Mazedonien

Ul. Maksim Gorki 16/3

MK-1000 Skopje

Mazedonien

Telefon

+389 2 3231 122

Telefax

+389 2 3135 290

kas@kas.com.mk

Zusammenstellung und Verant-
wortlich: Ulrich Kleppmann

Warum wurden die Sicherheitsvorkehrungen bei der Regierung oder bei den anderen öffentlichen Gebäuden nicht sichtbar erhöht? Es sollte auch die Frage gestellt werden, ob es denn ein Anschlag war oder ob hier nur ein Zeichen gesetzt werden sollte. Denkbar wäre ein Szenario wie vor zwei Jahren beim Bombenanschlag auf eine Polizeiwache auf dem Pit Basar in Skopje, wo es nach vielen Spekulationen später erwiesen schien, dass es sich um einen Verteilungskampf der Zigarettenmafia handelte. Möglich wäre auch, dass bestimmte Kreise sich durch den fast erbarmungslosen Kampf der Regierung gegen die Korruption in die Enge getrieben fühlen. Neu ist allerdings, dass das Regierungsgebäude bzw. das Umfeld Ziel war. In der Bevölkerung werden alte Erinnerungen wach und schnell werden Anschuldigungen laut, die ehemalige UÇK bzw. die DUI stecke dahinter, da sie ja den Waffentyp im Jahr 2001 verwendet haben soll. Die DUI schweigt mehr oder weniger und mit namhaften Anschuldigungen hält sich die Regierung zurück. Fakt ist jedoch, dass die internationalen Medien die Worte des Regierungssprecher übernommen haben und es wieder „Terror...“ in Mazedonien gibt. Für das Ansehen des gesamten Landes, das in die EU und NATO strebt, war es sicherlich nicht hilfreich.

raturen von bis zu 47°C und warme Winde heizten die Feuer, die auch durch Brandstiftung gelegt worden sind, noch an. Zahlreiche Länder schickten Fachleute und Material, darunter waren auch zwei Feuerlöschhubschrauber aus Deutschland.

Die Arbeitslosenzahlen in Mazedonien sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,1% gesunken. Damit liegt die Quote nun bei 35,8% für das erste Quartal 2007. Verglichen mit dem I. Quartal 2006 hat die Zahl der Beschäftigten um 3,5% zugenommen. Dies gab das statistische Amt in Skopje bekannt.

KURZNACHRICHTEN

Die frühere rumänische Justizministerin **Monica Macovei** ist neue Beraterin der mazedonischen Regierung im Kampf gegen die Korruption. Ihr Jahresgehalt samt Nebenausgaben von rund 600.000 Euro wird von der Britischen Regierung getragen.

Im Jahr 2006 haben laut bulgarischen Regierungsangaben 8.240 Mazedonier die bulgarische Staatsbürgerschaft beantragt. Die Mazedonier sind die größte Gruppe der Antragsteller. Hauptgrund ist die Reisefreiheit mit dem bulgarischen Pass.

Enorme Brände haben in Mazedonien rund 6.000ha Wald vernichtet, hinzu kommen noch etliche ha Ödland. Die hohen Tempe-